

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates in der 46. Legislaturperiode 1999 - 2003

Inhaltsübersicht

- 1 Auftrag
- 2 Behandelte Geschäfte in der 46. Legislaturperiode 1999 - 2003
- 3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen
- 4 Zeitaufwand der Kommission
- 5 Bemerkungen zu den Kommissionsarbeiten
- 6 Ausblick: wichtige Themen in der 1. Hälfte der 47. Legislaturperiode 2003 - 2005 im Zuständigkeitsbereich der Staatspolitischen Kommission (soweit z.Zt. voraussehbar)

1 Auftrag

Gemäss Artikel 15 Absatz 2 GRN (in der bis am 30.11.2003 geltenden Fassung) haben die Legislativkommissionen folgenden generellen Auftrag:

- a. Beratung der ihnen vom Büro zugewiesenen Geschäfte aus ihren Sachbereichen zuhanden des Rates;
- b. regelmässige Verfolgung der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in ihren Sachbereichen;
- c. Ausarbeitung von Anregungen und Vorschlägen zur Problemlösung in ihren Sachbereichen;
- d. Koordination mit den Kommissionen beider Räte, die dieselben oder ähnliche Fragen bearbeiten, insbesondere mit der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission.

Durch Bürobeschluss vom 8.11.1991 wurden der Staatspolitischen Kommission folgende Sachbereiche zugewiesen: Bundesbehörden (ohne Bundesgericht), Bundespersonal, Bund und Kantone, Gewährleistung der kantonalen Verfassungen, politische Rechte, Bürgerrecht, Ausländerfragen, Asylwesen, Staat und Kirche

2 Behandelte Geschäfte in der 46. Legislaturperiode 1999 - 2003

21 Statistischer Überblick

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates hat insgesamt 125 Geschäfte vorberaten. Diese Geschäfte teilen sich in folgende Kategorien auf (in Klammern: Periode 1995-1999):

	Geschäftstyp	Anzahl	Bemerkungen
a.	Erlassentwürfe des Bundesrates	30 (22)	<i>davon 2 Volksinitiativen</i>
b.	Berichte des Bundesrates	1	
c.	Mitberichte zu Erlassentwürfen des Bundesrates oder anderer Kommissionen	2 (1)	
d.	Vorprüfungen von parlamentarischen Initiativen	37 (20)	<i>Folge geben: 8 Keine Folge geben: 23 Rückzüge: 6</i>
e.	Vorprüfungen von Standesinitiativen	6 (1)	<i>Folge geben: 3 Keine Folge geben: 3</i>
f.	Ausarbeitung einer Vorlage (pa.lv. der Kommission, pa.lv. / Kt.lv. 2. Phase,)	17 (6)	<i>Annahme: 9 Abschreibung: 8</i>
g.	Erlassentwürfe des anderen Rates (von einer Kommission des anderen Rates ausgearbeitete pa.lv.)	5 (2)	<i>Annahme: 4 Ablehnung: 1</i>
h.	Kommissionsvorstösse	5 (2)	<i>Motionen</i>
i.	Motionen des anderen Rates	3 (4)	
j.	Petitionen	17 (13)	<i>Keine Folge geben: 10 Im Rahmen eines anderen Geschäftes behandelt: 7</i>
k.	Interne Geschäfte, die nicht zu Ratsgeschäften wurden	2	
	Total	125 (71)	

22 Erlassentwürfe des Bundesrates und des anderen Rates

Die wichtigsten von der Kommission vorberatene Erlassentwürfe:

- 98.076 Bundespersonalgesetz
- 99.021 Konstruktives Referendum. Volksinitiative
- 99.023 Pensionskasse des Bundes. Bundesgesetz
- 99.436 Pa.lv. Kommission 96.091-SR. Beseitigung von Mängeln der Volksrechte
- 01.036 «Gegen Asylrechtsmissbrauch». Volksinitiative
- 01.076 Bürgerrechtsregelung. Revision
- 02.024 Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG)
- 02.060 Asylgesetz. Teilrevision

23 Ausarbeitung einer Vorlage

Ausarbeitung eines Gesetzes- oder Beschlussentwurfes unter Federführung der Kommission: die SPK-N hat ihrem Rat 9 derartige Vorlagen unterbreitet:

- 99.427 Pa.lv. Stamm Judith. Anrufinstanz bei Abstimmungskampagnen (NR: Nichteintreten)
- 00.415 Pa.lv. Staatspolitische Kommission NR. Aufhebung des Bistumsartikels (Art. 72 Abs. 3 BV)
(am 10.6.2001 von Volk und Ständen angenommen)

- 01.401 Pa.Iv. Staatspolitische Kommission NR. Parlamentsgesetz
- 01.455 Pa.Iv. Staatspolitische Kommission NR. Beschwerderecht gegen diskriminierende Einbürgerungsentscheide (Inhalt aufgenommen in 01.076)
- 02.400 Pa.Iv. Staatspolitische Kommission NR. Unterstützung zur Erfüllung der parlamentarischen Aufgaben
- 02.423 Pa.Iv. Staatspolitische Kommission NR. Vorsorgeregelung für die Ratsmitglieder
- 02.424 Pa.Iv. Staatspolitische Kommission NR. Bundesnahe Unternehmungen. Kaderlöhne und Verwaltungsratshonorare
- 03.418 Pa. Iv. Staatspolitische Kommission NR. Geschäftsreglement des Nationalrates
- 03.448 Pa.Iv. Staatspolitische Kommission NR. Medien und Demokratie

7 pa.Iv. wurden als erfüllt abgeschrieben, da ihr Anliegen in anderen Vorlagen eingebaut werden konnte. 1 pa.Iv. wurde zur Abschreibung beantragt, weil der Auftrag zur Ausarbeitung einer Vorlage nicht erfüllt werden konnte:

- 99.430 Pa.Iv. Gross Andreas. Abstimmungskampagnen. Offenlegung höherer Beiträge

Die Ausarbeitung eines weiteren Erlassentwurfes ist fast abgeschlossen: Der Entwurf eines Ombudsgesetzes wurde zuhanden des Vernehmlassungsverfahrens verabschiedet.

24 Übrige Aktivitäten

Ausserhalb der von den Ratsbüros zugewiesenen Geschäfte behandelte die Staatspolitische Kommission im Sinne von Art. 15 Abs. 2 Bst. b und c (siehe oben) verschiedene aktuelle Probleme aus ihrem Zuständigkeitsbereich:

- gesetzgeberische Legislaturziele des EJPD im Zuständigkeitsbereich der SPK, Aussprache mit der Departementsvorsteherin EJPD vom 27.1.00
- Regierungsreform, Information über den Stand der Arbeiten des Bundesrates (20.5.00, 26.10.00, 1.2.01)
- Bürgerrechtsgesetzgebung, Anhörung von Prof. A. Auer, Universität Genf, und Prof. U. Zimmerli, Universität Bern, vom 25.5.00
- Rückführung von Kosovo-Flüchtlingen, Information durch die Departements-vorsteherin EJPD vom 25.5.00
- Schüleraustausch Expo.02 (16.11.00)
- Bürgerrecht (1.3.01, 27.4.01)
- Information über die Asyl- und Migrationspolitik der EU durch einen Vertreter der EU-Kommission vom 26.4.01
- „Sans-papiers“, Anhörung der deutsch- und westschweizerischen Unterstützungs- komitees sowie der Wissenschaft vom 7.9.01
- Kaderlöhne in der Bundesverwaltung (2.-4. Quartal 2001)
- Berufliche Vorsorge der Ratsmitglieder, Auftrag für ein externes Gutachten (2.-4. Quartal 2001)
- Infrastruktur und Entschädigung der Ratsmitglieder, Auftrag für ein externes Gutachten (2.-4. Quartal 2001)

3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen

31 Präsidium

- Präsidentin Wintersession 1999 - Wintersession 2001: Hubmann Vreni

- Vizepräsident Wintersession 1999 - Wintersession 2001: Antille Charles-Albert
- Präsident Wintersession 2001 - Wintersession 2003: Antille Charles-Albert
- Vizepräsident Wintersession 2001 - Wintersession 2003: Weyeneth Hermann

32 Mitglieder der Kommission

- Zusammensetzung der Kommission ab Wintersession 1999: Aeppli Wartmann, Baader Caspar, Beck, Bühlmann, Cina, de Dardel, Eberhard, Engelberger, Fehr Hans, Glur, Gross Andreas, Joder, Lalive d'Epinay, Leuthard, Lustenberger, Scherer Marcel, Steinegger, Thanei, Vallender, Vermot, Vollmer, Weyeneth, Zwygart
- Rücktritte und neue Mitglieder seit der Wintersession 1999:
 - Donzé ersetzt Zwygart ab Wintersession 2000
 - Tillmanns ersetzt Thanei ab Herbstsession 2001
 - Janiak ersetzt de Dardel ab Wintersession 2001
 - Schibli ersetzt Baader Caspar ab Wintersession 2001
 - Oberholzer Leutenegger ersetzt Vollmer ab Wintersession 2001
 - Marty Kälin ersetzt Aeppli Wartmann ab Sommersession 2003

33 Subkommissionen

Die Kommission hat folgende Subkommissionen gebildet:

- Subkommission „Medien und Demokratie“ (Herbstsession 1997 – Wintersession 2002), Zusammensetzung ab Wintersession 1999: *Gross Andreas*, Antille, Aeppli Wartmann, Bühlmann, Eberhard, Engelberger, Joder, Leuthard, Weyeneth
- Subkommission „Volksrechte“ (Frühjahrssession 2000 – Wintersession 2001, zusammen mit SPK-S): *Cina*, Baader, de Dardel, Engelberger, Gross Andreas, Joder, Lustenberger, Vallender, Vermot
- Subkommission „Bürgerrecht“ (ab Sommersession 2001) und „Ombudsstelle für Menschenrechte“ (ab Herbstsession 2001 – Frühjahrssession 2003): *Vallender*, Aeppli Wartmann, Cina, de Dardel (bis Wintersession 2001), Hubmann (ab Wintersession 2001), Engelberger, Joder, Leuthard, Scherer, Vermot
- Subkommission „Kaderlöhne“ (Herbstsession 2001 – Frühjahrssession 2002): *Joder*, Eberhard, Engelberger, Lustenberger, Tillmanns, Vallender, Vermot, Vollmer, Weyeneth

4 Zeitaufwand der Kommission

41 Kommission

Die insgesamt 35 Sitzungen (ohne Sitzungen während der Sessionen) haben 66 *Sitzungstage* beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 341.50 Stunden (5.25 Stunden pro Sitzungstag).

Zum Vergleich: 1995-1999: 40 Sitzungen, 62 Sitzungstage, 313 Stunden
 1991-1995: 30 Sitzungen, 55 Sitzungstage, 269 Stunden

42 Subkommissionen

Die insgesamt 41 Sitzungen (ohne Sitzungen während der Sessionen) haben 42 Sitzungstage beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 121 Stunden (gut 2.75 Stunden pro Sitzungstag).

Zum Vergleich: 1995-1999: 25 Sitzungen, 26 Sitzungstage, 99 Stunden

Die 4 eingesetzten Subkommissionen beanspruchten folgenden Zeitaufwand:

Subkommission „Volksrechte“:

Die insgesamt 8 Sitzungen (ohne Sitzungen während der Sessionen) haben 9 Sitzungstage beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 30.25 Stunden (knapp 3.5 Stunden pro Sitzungstag).

Subkommission „Medien und Demokratie“:

Die insgesamt 23 Sitzungen (ohne Sitzungen während der Sessionen) haben 23 Sitzungstage beansprucht. Diese Sitzungen dauerten rund 66.5 Stunden (knapp 3 Stunden pro Sitzungstag).

Subkommission „Bürgerrecht“ resp. „Ombudsstelle Menschenrechte“:

Die insgesamt 7 Sitzungen (ohne Sitzungen während der Sessionen) haben 7 Sitzungstage beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 18.25 Stunden (gut 2.5 Stunden pro Sitzungstag).

Subkommission „Kaderlöhne“:

Die insgesamt 3 Sitzungen (ohne Sitzungen während der Sessionen) haben 3 Sitzungstage beansprucht. Die Sitzungen dauerten insgesamt 7.75 Stunden (gut 2.5 Stunden pro Sitzungstag).

5 Bemerkungen zu den Kommissionsarbeiten

51 Prüfung von Bundesratsvorlagen

Der „Zufluss“ von Bundesratsvorlagen ist sehr ungleichmässig. In der ersten Hälfte hatte die SPK keine bedeutenden und komplexen Bundesratsvorlagen zu behandeln, abgesehen von den beiden Vorlagen für eine grundlegende Neuregelung des Bundespersonalrechts, die sich aber in der letzten Phase der Differenzbereinigung befanden und die Kommission nicht mehr intensiv beschäftigten. Die zweite Hälfte der Legislaturperiode war

demgegenüber dominiert durch die Beratungen des Ausländergesetzes (ca. 60 Std. Beratungszeit), der Bürgerrechtsregelung und der Teilrevision des Asylgesetzes.

52 Vorprüfung von parlamentarischen Initiativen / Standesinitiativen

Die Vorprüfung von parlamentarischen Initiativen erfolgte durch die SPK-N routinemässig, ohne dass besondere Probleme auftauchten.

53 Ausarbeitung von Gesetzes- und Beschlussentwürfen (Kommissionsinitiativen, "2. Phase" von parlamentarischen Initiativen)

Die Beratung des Vorentwurfes für ein neues Parlamentsgesetz (Totalrevision GVG) stellte den Schwerpunkt der Kommissionsarbeiten in der ersten Hälfte der Legislaturperiode dar (ca. 50 Sitzungsstunden). Die weiteren acht eigenen Gesetzgebungsprojekte der Kommission (vgl. Ziff. 23) haben die Kommission und ihr Sekretariat ebenfalls sehr stark beansprucht.

54 "Regelmässige Verfolgung der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen" (GRN Art. 15 Abs. 2 Bst. b)

Die Liste der „Übrigen Aktivitäten“ unter Ziffer 24 zeigt, dass die Kommission ihre bereits seit Beginn ihrer Tätigkeiten (1992) entwickelte Praxis des selbständigen Aufgreifens von Themen in ihrem Zuständigkeitsbereich in der Berichtsperiode noch intensiviert hat. Dies war vor allem in der ersten Hälfte der Legislaturperiode möglich, weil mangels grosser Bundesratsvorlagen dafür genügend zeitlicher Spielraum zur Verfügung stand. Die Kommission beschränkte sich bei vier Themen nicht auf eine blosser Information und Diskussion, sondern zog gesetzgeberische Konsequenzen, indem die Ausarbeitung von Kommissionsinitiativen an die Hand genommen wurde: Bürgerrecht, Kaderlöhne, Entschädigungen und Infrastruktur der Ratsmitglieder, berufliche Vorsorge der Ratsmitglieder.

55 Koordination mit anderen Kommissionen

Die Kommission hat bei der Ausarbeitung des Entwurfes für ein neues Parlamentsgesetz ein Konsultationsverfahren bei allen anderen betroffenen Ratsorganen durchgeführt (APK, FK, GPK, RK, Redaktionskommission, Spezialkommission Legislaturplanung, Verwaltungsdelegation).

56 Mitwirkung des Parlamentes in der Aussenpolitik

Gemäss Artikel 47^{bis}a Absatz 6 GVG informieren die APK „andere ständige Kommissionen über die Belange, die deren Aufgabenbereich betreffen. Die anderen ständigen Kommissionen werden in die Konsultation einbezogen“. Der Aufgabenbereich der SPK wird insbesondere durch Belange der internationalen Asyl- und Migrationspolitik betroffen. Die Kommission hat sich zwar einmal aus eigener Initiative durch einen Vertreter der EU-Kommission über die Asyl- und Migrationspolitik der EU informieren lassen. Eine

Information durch die APK oder ein Einbezug in eine Konsultation, wie dies das Gesetz vorsieht, erfolgte jedoch nie.

6 Ausblick: wichtige Themen in der 1. Hälfte der 47. Legislaturperiode 2003 - 2005 im Zuständigkeitsbereich der SPK-N (soweit z.Zt. voraussehbar)

01.080 s Staatsleitungsreform

02.024 n Ausländergesetz/02.060 n Teilrevision Asylgesetz: Differenzbereinigung

03.013 s Öffentlichkeitsgesetz

Vernehmlassungsgesetz

Bundesgesetz über die politischen Rechte. Teilrevision (Einführung der allgemeinen Volksinitiative)

Beschwerderecht bei Einbürgerungen (pa.IV. und Kt.IV.)

Änderung des Pensionskassengesetzes